

Impulsreferat „European future has a past. Contemporary witnesses“

Dr. Bärbel Sunderbrink, Stadtarchiv Detmold

I.

Im Ersten Weltkrieg standen sich Menschen aller europäischen Länder als Feinde gegenüber. Winston Churchill, ehemaliger britischer Kriegsminister, bilanzierte wenige Jahre später: „Städte und Kulturdenkmale wurden von Artillerie zusammengeschossen. Bomben wurden wahllos abgeworfen. Giftgas der verschiedensten Arten erstickten oder verbrannte die Soldaten, flüssiges Feuer vernichtete ihre Körper (...). Europa und große Teile Asiens und Afrikas verwandelten sich in ein einziges wüstes Schlachtfeld, auf dem nach Jahren des Kampfes nicht Armeen, sondern Nationen zusammenbrachen.“

In diesem Jahr erinnern wir besonders an die Schlacht von Verdun vor genau 100 Jahren, eine der blutigsten Auseinandersetzungen des Ersten Weltkrieges. Diese Schlacht gilt als Symbol des ersten industriell geführten Massenkrieges der Weltgeschichte. Hunderttausende Menschen starben auf den Schlachtfeldern, weil sie zu „Menschenmaterial“ erklärt worden waren.

Das Grauen des Ersten Weltkriegs ist bis heute unbegreiflich und dennoch beendete diese „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ nicht die Gewalt – im Gegenteil. Die nächste zivilisatorische Katastrophe, der Zweite Weltkrieg, ließ nur wenige Jahre auf sich warten – ein totaler Krieg, in dem jede Grenze zwischen den militärischen und zivilen Sphären aufgehoben war. Ein verbrecherischer Eroberungskrieg der deutschen Wehrmacht, die Shoa und der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, Flucht und Vertreibung; die Schreckensbilanz des Zweiten Weltkriegs ist immens und hat den Ersten Weltkrieg an Brutalität noch übertroffen.

Die Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben tiefe Spuren hinterlassen. Diese Spuren finden sich einerseits auf persönlicher Ebene – im Gedächtnis der Menschen, die die Schrecken erlebten; aber auch in den Erinnerungen, die sie an ihre Kinder und Enkel weitergegeben haben. Andererseits finden sich diese Spuren in der Sphäre des öffentlichen Bewusstseins der beteiligten nationalen Gesellschaften. Während die individuellen Erinnerungen verblassen, bleiben die Auseinandersetzungen mit den Diktaturen und Kriegen für die Identifikation der beteiligten Staaten virulent. Der Umgang mit der Vergangenheit und die Ausprägung einer den Geschehnissen angemessenen Erinnerungskultur ist Teil des umfangreichen Demokratisierungsprozesses der Nachkriegszeit. Moralische Wertsetzungen und politische Leitlinien der europäischen Demokratien

leiten sich bis in die Gegenwart aus den Erfahrungen der Zivilisationsbrüche der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ab.

Die Zerfallsgeschichten sind in Europa bis heute gegenwärtig geblieben. In Städten wie Berlin, Rotterdam oder Warschau ist das historische Erbe im Stadtbild nicht zu übersehen – aber auch in wenig zerstörten Orten wie Verona, Hasselt oder Detmold finden sich die Spuren von Krieg, Gewaltherrschaft und Holocaust. Konferenzen wie diese sollen dazu beitragen, diese Spuren offenzulegen. Sie können deutlich machen, welche prägende Kraft den jeweiligen lokalen und regionalen Erinnerungen innewohnt und Wege aufzeigen, wie auf Ebene der Kommunen eine europäische Verständigung über den Umgang mit dem schwierigen – und per se trennenden – historischen Erbe möglich ist.

II.

Es verwundert nicht, dass nach den Erfahrungen von Misstrauen, Gewalt und Zerstörung Europa Jahrzehnte benötigte, um die Wunden der ersten Jahrhunderthälfte zu heilen. Bei der Betrachtung des 1945 beginnenden europäischen Friedensprojekts drängt sich die Frage nach dem Spannungsfeld zwischen der Zerstörung und dem Entstehen einer neuen, stabilen Ordnung auf. Dabei geht es heute nicht mehr um Fragen von Schuld und Wiedergutmachung, sondern um das Aushandeln eines angemessenen Umgangs mit der Vergangenheit.

Jorge Semprun sagte bei der Feier zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald: „Eine der wirksamsten Möglichkeiten, der Zukunft eines vereinten Europas, besser gesagt, des wiedervereinten Europas einen Weg zu bahnen, besteht darin, unsere Vergangenheit miteinander zu teilen, unser Gedächtnis, unsere bislang getrennten Erinnerungen zu einen.“

Vor dem historischen Hintergrund der unterschiedlichen Gewalterfahrungen stellt sich aber die Frage nach der Integrität einer solchen gemeinsamen Erinnerung. Lassen sich die jeweils nationalen europäischen Erinnerungen überhaupt zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur zusammenführen? Ist die Vorstellung Sempruns in seiner Buchenwandrede nicht eine uneinlösbare Wunschvorstellung? Und ist es überhaupt opportun, die sorgsam entwickelten Erinnerungsstrategien der Nachkommen ehemaliger Kriegsgegner, der Opfer und Täter miteinander zu verbinden?

Um einer Antwort näher zu kommen, lassen Sie uns die unterschiedlichen Phasen der Nachkriegszeit in den Blick nehmen und dabei auch nach Verbindendem Ausschau halten:

Betrachten wir zunächst die unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnte: Die Phase bis in die Mitte der 1960er Jahre war bestimmt von individuellen Kriegs- und Verlusterfahrungen. Die gefallenen, vermissten und „kriegsbeschädigten“ Söhne, Väter, Ehemänner und Freunde waren allerorten präsent. In Polen und Deutschland entwurzelten Vertreibungsschicksale Millionen von Menschen. Wirtschaftliche Krisen führten auch bei den Kriegsgewinnern bis in die 1950er Jahre zu Mangelserfahrungen.

Der Allgegenwärtigkeit persönlicher Betroffenheit standen das öffentliche Verdrängen, Beschweigen und Ignorieren gegenüber. Der Wiederaufbau hatte Priorität vor einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, nicht nur in Deutschland. Auch in den von Deutschland im Krieg besetzten Ländern, in denen es zu Kollaborationen mit dem NS-Regime gekommen war, wurden schwarze Flecken zu Gunsten der Bewältigung der drängenden Gegenwartsfragen ausgeblendet.

In einer zweiten Phase ab Mitte der 1960er Jahre wandelten sich die nationalen Erinnerungskulturen. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen hatten sich im Zuge der 68er geändert, aber auch neue Enthüllungen über die Ermordung der europäischen Juden im Nationalsozialismus beeinflussten das öffentliche Gedenken. Ehemalige Orte des NS-Terrors wie die Konzentrationslager in Dachau und Bergen-Belsen wurden als Gedenkstätten zugänglich.

Gleichzeitig wurden im westlichen Europa die Frage nach der Kollaboration mit den Besatzern gestellt und Antisemitismus und Beteiligung am Holocaust untersucht.

Die Erinnerungskultur in Deutschland wurde nicht zuletzt durch eine Geschichtsbewegung „von unten“ demokratisiert. Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler entdecken die Archive. Sie sorgten für die persönliche Würdigung der Opfer des NS-Regimes, indem sie ihnen ihre Namen wiedergaben. Sie erforschten die Geschichte vor Ort und enttarnten auch die „kleinen“ Täter. Der Schülerwettbewerb zur Deutschen Geschichte, ausgelobt vom Bundespräsidenten, hat im Umgang mit der Zeitgeschichte wichtige Weichen gestellt. Die Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte durch die historische Forschung wurde damit auf eine breitere gesellschaftliche Basis gestellt.

Mit der Form für das nationale Gedenken an die Kriegstoten des Zweiten Weltkriegs tat man sich in Deutschland aber weiterhin schwer. Ideen, eine nationale Ehrenstätte für die gefallenen Soldaten zu errichten, ließen sich nicht durchsetzen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker stellte in seiner wegweisenden Rede vom 8. Mai 1985, dem Tag der Befreiung, eindeutig klar, dass ein Heldengedenken wie nach dem Ersten Weltkrieg nicht möglich war: „Der Wunsch dem Tod von

Millionen irgendeinen Sinn zu unterlegen, denn sie dürfen nicht umsonst gestorben sein, verbot sich angesichts der Verbrechen, zu deren Durchführung und Verdeckung auch die Wehrmacht instrumentalisiert worden war.“ Erst nach der Wiedervereinigung wurde in der „Neue Wache“ in Berlin eine Gedenkstätte errichtet, in der nicht mehr nur den gefallenen Soldaten, sondern auch den Millionen zivilen Opfern gedacht wird. Die dort ausgewählte Formel „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ beschreibt in aller Kürze, aber auch großer Unschärfe die Zielrichtung des Gedenkens. Die Kontroversen um diese Form des Gedenkens, die zwar alle Opfergruppen einschließen soll, aber doch nicht eindeutig benennt, führten schließlich zur Errichtung des vielbeachteten „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“.

Das seit 1945 etablierte System der beiden Supermächte, basierend auf zwei unterschiedlichen Weltanschauungen, brach 1989/90 zusammen. Mit dem Ende des kommunistischen Systems in Osteuropa und dem Ende der DDR haben sich die Rahmenbedingungen für die Erinnerungskultur ein weiteres Mal gewandelt. Neben die Opfer des Nationalsozialismus traten nun die Opfer der kommunistischen Diktatur hinzu, was insbesondere in den ostdeutschen Gedenkstätten zu einer Diskussion über Opferkonkurrenzen führte.

Bemerkenswert ist, dass erst seit dem Ende der Ost-West-Spaltung der Holocaust ins Zentrum der europäischen Erinnerung gerückt ist. Erst 1989 wurde ein grundlegender Perspektivenwandel eingeläutet, der der Erinnerung an den nationalsozialistischen Völkermord eine transnationale Verbindungsrolle für Europa zuschreibt. Deshalb wird in vielen europäischen Staaten am 27. Januar an den Tag der Befreiung des Vernichtungslagers in Auschwitz gedacht.

In der neuen europäischen Erinnerungskultur werden statt der toten „Helden“ die „Opfer“ in den Fokus des Gedenkens gerückt. Bislang marginalisierte Opfergruppen wie Sinti und Roma, Homosexuelle, Zeugen Jehovas oder ZwangsarbeiterInnen wird in der neu ausgerichteten Gedenkkultur ihre Identität zurückgegeben. Die Opfer sollen nicht länger als bloße statistische Zahl erscheinen, sondern wieder als Individuen begreifbar gemacht werden. Formen des personalisierten Gedenkens ermöglichen Trauer und Ehrerbietung gegenüber den Toten und machen auf sehr persönliche Weise deutlich, was das Auslöschen der Leben bedeutet.

III.

In der Erinnerungskultur der Gegenwart geht es heute nicht mehr um die Frage der „Geschichtsbewältigung“ der Erlebnisgeneration. Persönliche Schuld, aber auch persönliche

Verarbeitung von Leid spielen keine tragende Rolle mehr. Um so mehr geht es darum, den Erfordernissen des kollektiven Gedächtnisses für die Gegenwart und Zukunft gerecht zu werden. Für die deutsche Erinnerungspolitik bedeutete dies, die nationale Verantwortung für Nationalsozialismus, Weltkrieg und Holocaust klar zu benennen. Vor diesem Hintergrund der historischen Verantwortung bleibt die Eingangsfrage, ob eine „gesamteuropäischen Erinnerungskultur“ überhaupt möglich ist. Festzustellen ist sicherlich, dass das, was der Erlebnissgeneration aus emotionalen Gründen nicht möglich war, nämlich über die eigenen Erfahrungen hinwegzusehen, um gemeinsam das Grauen des Krieges und des Völkermordes zu erinnern, der nachfolgenden Generation besser zu gelingen scheint. Wir sind in unserm Verständnis der Gewaltgeschichte Europas europäischer geworden, wir denken weniger in nationalen Kategorien, sondern in Kategorien von Recht und Unrecht. Für die nachwachsende Generation scheint es keine Frage zu sein: Der Holocaust ist nicht nur Teil eines deutschen, sondern er ist unauslöschlicher Bestandteil eines kollektiven europäischen Bewusstseins.

Aber dennoch darf bei der Frage des Umgangs mit den unterschiedlichen historischen Erinnerungen nicht weggewischt werden, dass sich diese von Land zu Land, von Region zu Region, aber auch zwischen sozialen Gruppen, Generationen und Geschlechtern höchst unterschiedlich darstellen. Eine Opferperspektive, sei es das selbst erlittene Unrecht oder die tradierte Erzählung, wirkt derart prägend, dass sie nicht durch den so oft bemühten „Schlussstrich“ eliminiert werden kann und darf. Jede der unterschiedlichen Perspektiven hat ihre Berechtigung. Eine „Homogenisierung“ der nationalen Erinnerungskulturen würde den historischen Erfahrungen nicht gerecht.

Sollen wir dann ein gemeinsames europäisches Erinnern ganz ausschließen? Ich möchte dazu die Anregung des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, aufgreifen. Auf der Konferenz der Erinnerungsstätten in Berlin im Sommer diesen Jahres hat er ausgeführt: „Natürlich ist europäisches Erinnern immer beides, gemeinsame Geschichte unseres Kontinents, die auch zu einer gemeinsamen europäischen Identität führen kann, und zur selben Zeit auch Pluralität und Unterschiedlichkeit der historischen Erzählungen.“

Schulz verwies darauf, dass es für die Opfer von staatlichem Terror gleichgültig sein kann, ob sie in einem Vernichtungslager der Nazis, in den Folterkellern Francos oder in stalinistischen Gefängnissen in Osteuropa gelitten haben. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese unterschiedlichen Gewalterfahrungen zu einem Nebeneinander verschiedener Erinnerungskulturen führen, die aber in Dialog miteinander treten sollten.

Wichtiger als ein Egalisieren der Erinnerung ist zweifellos die Feststellung, dass die Überwindung von Gewalterfahrungen richtungweisend für das Nachkriegseuropa war. Die europäische Einigung ist demnach auch eine Antwort auf Auschwitz. Aus den Erfahrungen totalitärer Regime genießen heute die Achtung der Menschenrechte und der europäischen Grundrechtecharta höchste Priorität. Diese Erkenntnis können alle mittragen – nicht allein die „Nachgeborenen“ der Tätergeneration, auch die Nachkommen der einstigen Opfer und selbstverständlich ebenso Menschen, die aus anderen Kontinenten nach Europa kommen und bleiben. Das Erbe der Vergangenheit betrifft alle.

Aus dem Wissen um die Zivilisationsbrüche der Vergangenheit erwächst Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft. Diese Verantwortung sollte unser gemeinsames europäisches Handeln leiten. Antisemitismus, Rassismus, Ultrationalismus und Intoleranz sollten nicht zu den gemeinsamen Werten der europäischen Gemeinschaft gehören.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!